



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

## BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 14. und 15.10.2020

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen	
Planstellenbesetzungen	Es wurden bundesweit 13 Planstellenbesetzungen beschlossen

### Anträge und Antragsbeantwortungen

#### Anträge

##### FSG im Zentralausschuss

Antrag auf Ankauf verschlossener Abfalleimer für Utensilien im Streifenwagen

##### AUF im Zentralausschuss

Antrag auf Änderung der Auszahlung von zu versteuernden Zuteilungsgebühren und Jubiläumszuwendungen

Antrag auf Umstellung von Sodexo Papiergutscheinen auf eine Pass Card sowie Anpassung des Tagessatzes an die geänderte Erhöhung der Lohnsteuerbegünstigung

##### Unterausschuss Kriminaldienst im ZA

Beschluss einer vorläufigen Agenda für die Funktionsperiode 2020 bis 2024 mit Vorschlägen und Anregungen für eine Verbesserung in den Bereichen Personal, Organisation, Besoldung, Aus- und Fortbildung sowie Ausrüstung und Ausstattung im Kriminaldienstbereich

##### Dienststellenausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens Sicherheitsverwaltung beim Bundeskriminalamt

Antrag auf Evaluierung der psychischen Belastung am Arbeitsplatz

##### Fachausschuss Kärnten

Urgenanzträge betreffend fehlendem Personal in den Dienstküchen der LPD Kärnten und Aufsystemisierung des Kriminaldienstreferates beim SPK Klagenfurt

#### Antwortschreiben

BMI: Antwortschreiben zum Antrag der Fachausschüsse Salzburg und Kärnten auf Prüfung der Möglichkeit der Änderung der Unterrichtszeiten im SIAK-Bildungszentrum St. Pölten (früheres Unterrichtsende an Freitagen)



Zu diesem Zweck wäre eine Verlängerung der Unterrichtszeit auf 9 Unterrichtseinheiten von Montag bis Donnerstag erforderlich. Auf Grund langjähriger Erfahrungswerte und aus pädagogischer Sicht ist jedoch nach 8 Unterrichtseinheiten die Leistungsgrenze der Lehrgangsteilnehmerinnen und –teilnehmer erreicht und somit ein weiterer Unterricht nicht zielführend. Außerdem wird auf die erforderliche erhöhte Aufmerksamkeit bei gewissen Ausbildungsmodulen (Schießen und Einsatztraining), dem Mehraufwand bei der Dienstplanung, der Situation für die Nutzung der Sportstätten, Planung der externen Seminare, die Situation der Verpflegung und auf die enorme Mehrbelastung für das Lehrpersonal verwiesen.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Zentralausschusses betreffend Werbemaßnahmen des BM.I zur Rekrutierung von Bewerberinnen/Bewerbern für den Polizeiberuf**

Im Jahr 2018 fanden bundesweit 59 derartige Veranstaltungen statt, 2019 lediglich 6. Eine genaue Auswertung der Anzahl der auf Grund dieser Maßnahmen erfolgten Bewerbungen, tatsächlich abgelegten Auswahlprüfungen, effektiven Dienstantritten zu einem Grundausbildungslehrgang und Verbleib in einem Dienstverhältnis, werden seitens des Dienstgebers nicht geführt und können somit auch nicht nachvollzogen werden.

---

**BMI: Antwortschreiben zu den Anträgen betreffend Angleichung der Weihnachtsbelohnung, Sonderbelohnungen-COVID, Sonderbelohnungen für sonstige Gründe und Erhöhung des Zuschusses für die Essensgutscheine von Euro 1,10 auf Euro 2,-**

Einer Erhöhung der Weihnachtsbelohnung kann aus budgetären Gründen nicht nähergetreten werden und die Weihnachtsbelohnung wird in den bisherigen Höhen (Euro 160,- für Angehörige der Zentraleitung und Euro 96,- für die Bediensteten in den Landespolizeidirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen) zur Anweisung gebracht werden.

***Dies wird vom Zentralausschuss keinesfalls so zur Kenntnis genommen und weiterhin eine Angleichung der Weihnachtsbelohnung für alle Bediensteten gefordert, weil es keinen Unterschied machen darf, ob jemand in der Zentraleitung oder in den nachgeordneten Behörden/Dienststellen Dienst verrichtet.***

Die COVID-Sonderbelohnungsaktion im Gesamtausmaß von 1,1 Millionen Euro, die Sonderbelohnungen für sonstige Gründe entsprechend der geltenden Erlasslage und die Erhöhung des Essenszuschusses von derzeit € 1,10 auf € 2,- mit Wirksamkeit 01.01.2021 und damit verbunden in der Folge auch eine Umstellung von den jetzigen Papiergutscheinen auf eine digitale Lebensmittel Pass Card (Guthabekarte) werden seitens des Zentralausschusses zur Kenntnis genommen.

---

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 183 Schriftstücke behandelt.

---

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN  
Vorsitzender

Hermann GREYLINGER  
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER  
Vorsitzender Stv.

